



Nina Klinkel, MdL

Wahlkreisbüro  
55262 Heidesheim  
Mainzer Str. 11  
Telefon: 06132/ 739 2339  
info@nina-klinkel.de  
<http://www.nina-klinkel.de>

Bundesministerium für Gesundheit (BMG)  
Herrn Bundesminister Jens Spahn

11055 Berlin

09.05.2020

Sehr geehrter Herr Bundesminister Spahn,

ich schreibe Ihnen als Landtagsabgeordnete eines Wahlkreises, in dem ein Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung mit 133 Planbetten den Menschen in der über 24 000 Einwohner Stadt Ingelheim und der Region gesundheitliche Versorgung bietet.

Die Corona-Krise führt uns noch einmal deutlich vor Augen, wie wichtig diese dezentrale Gesundheitsversorgung ist, wie wichtig diese Häuser neben den Universitätskliniken und Maximalversorgern sind. Das Ingelheimer Krankenhaus verfügt über eine engagierte und hart arbeitende Ärzte- und Pflegerschaft.

Der Oberbürgermeister der Stadt betont zu Recht immer wieder die herausragende Rolle des Hauses. Trotzdem steht es immer wieder am Rande der Existenz, denn es ist schwierig einen Träger zu finden. Jeder Träger steht nämlich zunächst einmal vor der Frage der Wirtschaftlichkeit. Dieses Problem ist systemimmanent und hat nichts mit der Corona-Krise zu tun.

2019 gingen 65 Kliniken und Krankenhäuser in Deutschland in die Insolvenz. Diese Massenerscheinung tritt vor allem bei kleineren Krankenhäusern in ländlich strukturierten Gebieten auf. Die Krankenhäuser hier sind in dem erschaffenen Gesundheitsmarkt stark unter Druck geraten. Träger sehen sich nicht mehr in der Lage wirtschaftliche Fortsetzung des Krankenhausbetriebs zu garantieren, neue Träger wagen kaum den Versuch.

Mit der Einführung des DRG-Systems in Deutschland wurden Krankenhäuser aus dem Versorgungsauftrag in eigentliche kleine Unternehmen der Gesundheitswirtschaft überführt, die betriebswirtschaftlich agieren und rechnen müssen. Gerade die kleineren Häuser können das nicht, haben aber die gleichen Vorhaltekosten wie die übrigen Häuser durch den Bund auferlegt.

Auch die Regelungen des Fixkostendegressionsabschlags, der bei Mehrleistungen den Erlös deutlich schmälert und über drei Jahre zu zahlen ist (das Corona-Jahr 2020 ausgenommen), macht uns Probleme. Es wird notleidenden Krankenhäusern praktisch unmöglich gemacht aus dem Defizit herauszukommen.

Hinzu kommt die Problematik der Gremienbesetzung des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA). In diesem mächtigen Gremium deutscher Gesundheitspolitik sitzen u.a. Vertreter von Kassen, die genau

Abgeordnetenbüro · Kaiser-Friedrich-Straße 3 · 55116 Mainz · Telefon: 06131 208-3154

E-Mail: [Nina.Klinkel@spd.landtag.rlp.de](mailto:Nina.Klinkel@spd.landtag.rlp.de) [www.landtag.rheinland-pfalz.de](http://www.landtag.rheinland-pfalz.de)

sagen, was überhaupt noch finanziert werden kann. Und es gibt Häuser, die dem nicht entgegengehen können. Sie sind die Verlierer des DRG-Systems und dieses Systems des G-BA. Denn sie sind die Verlierer einer betriebswirtschaftlichen Rechnung. Und sie werden ihre Aufgabe in der flächendeckenden Versorgung nicht mehr nachkommen können. Diese Tatsachen stehen abseits von Fragen nach Investitionsförderungen. Ich wiederhole mich, aber die Probleme sind systemimmanent. Wir müssen aufhören Krankenhäuser wie Unternehmen zu behandeln.

Das Land Rheinland-Pfalz hat bereits eine Bund-Länder Arbeitsgruppe zum DRG-System initiiert und zudem im Bundesrat bereits im November 2019 den Antrag „Erhalt der qualitativ hochwertigen flächendeckenden stationären Krankenhausversorgung - Krankenhäuser stärken“ gestellt, der auch von den Fachausschüssen und vom Bundesrat beschlossen worden ist. Der Bundesrat hat festgestellt, dass die normativen Anforderungen des Bundes an die Häuser steigen, er hat zudem die Notwendigkeit unterstrichen, die finanzielle Ausstattung der Akutkrankenhäuser nicht nur im Pflegesektor zu verbessern und er hat festgestellt, dass die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden qualitativ hochwertigen Versorgung auch in den Regionen eine Aufgabe ist, bei der Bund sich engagieren muss, sowohl im Kontext der gleichwertigen Lebensverhältnisse, als auch im Rahmen der Gesetzgebungskompetenz für die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser und die Regelung der Krankenhauspflegesätze. Nun sind Sie am Zug.

Ich weiß, dass die Corona-Krise alle Kräfte bündelt. Ich bin dankbar in einem Land zu leben, in dem diese Krise so umsichtig gehandhabt wird. Und ich bin überzeugt, dass diese Krise auch Chancen bietet. Zum Beispiel jene, unser Gesundheitssystem wieder auf andere Füße zu stellen, denn es wird gerade jetzt deutlich, wie wichtig dezentrale, flächendeckende Versorgung ist. Hier ist der Bund in der Verantwortung. Es muss möglichst schnell zu einer Verbesserung der Finanzausstattung der Krankenhäuser kommen. Nur dann können wir verhindern, dass die wirtschaftliche Notlage der Krankenhäuser weiter Löcher in die Versorgung reißt oder dass keine Träger mehr gefunden werden. Das kann kein Land alleine und erst Recht keine Kommune. Wir wollen unser Krankenhaus in Ingelheim erhalten. Für die Menschen. Die Bundesgesetzgebung erschwert uns das. Handeln Sie bitte.

Mit freundlichen Grüßen



**Nina Klinkel, MdL**